

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden
□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 2 Mark

Nr. 50

Charlottenburg, Freitag, den 11. Dezember 1914

Jahrg. 41

Bekanntmachung.

Für die Berichtswoche vom 23. bis 28. November hatten bis zum Mittwoch, den 2. Dezember abends noch keine Berichte eingelangt:

Burgau, Coblenz, Eisenach, Elgersburg, Emmerich, Freiberg, Gera (Neuß), Goldlauter, Hamburg, Hohenbrunn, Köppelsdorf, Landau, Langenau, Lauf, Lauscha, Limbach, Neuholdensleben, Nelde, Osterode a. Harz, Radeberg, Rheinsberg, Sigendorf, Sondershausen, Spechtsbrunn, St.-Georgen, Tettau, Zella. S.

N. B. Die fettgedruckten Namen bezeichnen die Zahlstellen, die schon vorige Woche, bezw. seit mehreren Wochen kein Berichtsformular mehr eingelangt haben.

Das Verbandsbüro.

Bekanntmachung.

Anlässlich von Anfragen einiger Zahlstellentaffierer sei allgemein bemerkt, daß neue Antragsformulare für Kriegs-Notstandsunterstützung nicht eingekauft zu werden brauchen für die Mitglieder, für die jetzt Formulare eingekauft wurden, so lange die jetzige Erwerbslosigkeit bei diesen Mitgliedern fort dauert.

Nur in Fällen neuer Erwerbslosigkeit ist für jedes Mitglied erst ein Antragsformular für Kriegs-Notstandsunterstützung an das Verbandsbüro einzusenden.

Zahlung von Notstandsunterstützung darf von jetzt ab nur an die Mitglieder erfolgen, für die der Zahlstellentaffierer besondere Anweisung in den Händen hat.

Das Verbandsbüro.

Die jetzige Lage.

Dem Reichstag, der am 2. Dezember seine zweite Kriegssitzung hielt, war eine umfangreiche Denkschrift zugegangen, in der die Regierung Rechenschaft ablegte über die wirtschaftlichen Maßnahmen, die aus Anlaß des Krieges ergriffen worden sind. Wir führen aus dieser Zuschrift folgendes an:

„Von großer Wichtigkeit, namentlich auch für die arbeitenden Klassen war es, nach Möglichkeit der Arbeitslosigkeit zu steuern und für eine zweckmäßige Regelung des Arbeitsmarktes zu sorgen. Die „Reichszentrale der Arbeitsnachweise“ war bemüht, Arbeit zu vermitteln, namentlich wurden Arbeiter zu Festungsarbeiten verwendet. Auch die Betriebe der Heeres- und Marineverwaltung stellten zahlreiche Arbeitskräfte ein. Von Ausbruch des Krieges an haben sich sofort das Reichsamt des Innern und die zuständigen Zentralbehörden der Bundesregierungen mit allen Kräften bemüht, die deutsche Volkswirtschaft in Gang zu halten. Soweit es sich hierbei um die Beschäftigung von Arbeitskräften handelt, hat sich die Reichsleitung nicht nur bemüht, in ihren eigenen Betrieben der Reichspost, der Reichsmarine, des Kanalbaues usw. mit gutem Beispiel voranzugehen, sondern sie hat auch durch die Reichsarbeitszentrale im Verein mit den preussischen Behörden, besonders mit Unterstützung des Preussischen Ministeriums für Handel und Gewerbe, eine Reihe von Maßnahmen auf ihre Durchführbarkeit und Wirksamkeit geprüft und als nützlich empfohlen.“

Von weiteren Maßnahmen sind hervorzuheben die Maßnahmen gegen die Ausbeutung der Notlage der Arbeiter. Lieferanten, die das Ueberangebot an Arbeitskräften ausnützen und den Arbeitern ganz ungenügende Löhne zahlen, sind, sobald dies bekannt wird, zu verurteilen, daß sie von ferneren Lieferungen und Leistungen ausgeschlossen werden müßten, wenn sie fortfahren sollten, die Löhne zu drücken.“

Die Denkschrift geht dann zu den Maßnahmen über, die im Interesse der Volksernährung getroffen wurden. Dazu wird bemerkt: „Von durchschlagender Wichtigkeit, aber auch besonders schwierig war die Aufgabe, die Volksernährung überhaupt und zu Preisen, die unter den gespannten Verhältnissen des Kriegszustandes noch annehmbar erscheinen, sicherzustellen.“

In der neuen 5 Milliarden-Vorlage war ein Betrag von 200 Millionen Mark enthalten, der zu Wochenhilfen während des Krieges und zur Unterstützung von Gemeinden verwendet werden soll, damit diese auf dem Gebiete der Kriegswohlfahrtspflege, besonders der Erwerbslosenfürsorge, der Wochenbeihilfen und der Erhöhung der gesetzlichen Mindestunterstützung an Familien der Einberufenen etwas Besseres leisten sollen als bisher. Dem Bundesrat bleibt die Festsetzung der näheren Bestimmungen vorbehalten. Hoffentlich wird von diesem die Tätigkeit der Gewerkschaften so gewürdigt, wie diese es durch die Aufopferungen in den letzten Monaten verdient haben. Die Summe von 200 Millionen Mark ist allerdings äußerst bescheiden zu nennen, wenn man sich vor Augen hält, daß mit ihr ungeheuer große Aufgaben erfüllt werden sollen.

Bekanntlich hatte der Vorstand unseres Verbandes an den Reichstag eine Petition gerichtet, in der verlangt wurde, daß zur Unterstützung Arbeitsloser die Gemeinden verpflichtet werden und diesen durch Bereitstellung von Reichsmitteln diese Unterstützung ermöglicht wird. Petitionen, die ebenfalls Maßnahmen zur Linderung der Not der Arbeitslosen oder zur Verbesserung des Arbeitsmarktes verlangen, hatten außerdem noch die Verbände der Glasarbeiter, Metallarbeiter, Bauarbeiter, Bildhauer, Steindrucker und Buchbinder an den Reichstag gerichtet. Diese Petitionen hat das Plenum des Reichstages mit noch anderen zusammen ohne Debatte dem Reichskanzler zur Erwägung überwiesen. Die Ueberweisung erfolgte auf Antrag der freien Kommission, die vor der Plenarsitzung tagte. Diese Kommissionsitzungen waren nicht öffentlich, wir wissen daher nicht, ob die Petitionen in der Kommission eingehend erörtert worden sind. Aber soviel steht fest, daß das Plenum des Reichstages über die Angelegenheit, die einer besseren Würdigung wert gewesen wäre, leicht hinweggegangen ist.

Von der Plenarsitzung des Reichstages, die in der Hauptsache ein Schaugepränge war, war allerdings nicht viel mehr zu erwarten, aber wir hätten gewünscht, daß die freie Kommission die Petitionen insoweit würdigte, daß sie eine Bervielfachung des 200 Millionen-Betrages durchgesetzt hätte. Das ist nicht geschehen; mit dieser Tatsache müssen wir uns leider abfinden. Daß die sozialen Maßnahmen der Reichsregierung auch der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion nicht genügen, geht aus deren Erklärung die sie im Plenum abgab, hervor. Die diesbezügliche Stelle lautet:

„Solange der Krieg sich hinzieht, muß unermüdlich daran gearbeitet werden, die durch ihn geschaffenen Leiden und Nöte zu lindern für alle, die im Feldzuge ihre Gesundheit verloren

haben, für die Angehörigen und Hinterbliebenen der Kriegsteilnehmer im weitesten Sinne, reichlich zu sorgen für die vom Feind aus ihrer Heimat vertriebenen Flüchtlinge, Arbeitsgelegenheit und Hilfe für die erwerbslos und arbeitslos gewordenen Volksgenossen zu schaffen, sowie jede Hilfeleistung zu gewähren, die erforderlich ist, um unsere Volkskraft zu erhalten, und die Versorgung des Volkes mit Nahrungs- und Gebrauchsgegenständen zu organisieren.

Die Anregungen unserer Partei und der Gewerkschaften zu sozialen Maßnahmen dieser Art sind bei der Reichsregierung zum Teil auf fruchtbaren Boden gefallen, doch muß nach unserer Ueberzeugung auf all diesen Gebieten noch mehr geschehen."

Der Stand der Beschäftigungsziffern unter unseren Kollegen zeigte im November folgendes Bild:

In der Woche vom	Völlig Erwerbslose Zahl	in Proz. der Mittel.	Beschränkt Beschäftigte	Voll- beschäftigte
2. bis 7. 11.	3680	31,8	6297	1688
9. „ 14. 11.	3412	29,4	6412	1772
16. „ 21. 11.	3390	28,7	6469	1817
23. „ 28. 11.	3201	27,8	6409	1883

Hat sich im vorigen Monat die Arbeitslosigkeit unter unseren Verbandsmitgliedern auch nicht vergrößert, so ist sie noch immer dreimal so hoch als die durchschnittliche Arbeitslosigkeit unter den deutschen Arbeitern. Hinzu kommt noch, daß von den in Arbeit stehenden Kollegen der weitaus größte Teil in Arbeitszeit und Verdienst erheblich verkürzt ist. Daß da die in der Petition ausgesprochene Forderung von Reichshilfe sehr dringend und berechtigt ist, wird Jederman einleuchten.

Zum Schluß möchten wir an alle in Arbeit stehenden Kollegen die Bitte aussprechen, die Notstandsbeiträge und auch alle noch rückständigen ordentlichen Beiträge zu bezahlen, denn diese Beiträge ermöglichen die Beschaffung von Brot für unsere unterstützungsberechtigten Kollegen und deren Familien. Wer die Notstandsbeiträge pünktlich zahlt, übt Solidarität!

Die Arbeitersekretariate und Rechtsauskunftstellen im Deutschen Reich im Jahre 1913. (Schluß)

Ueber die sonstigen Arbeitersekretariate und Rechtsauskunftstellen unterrichtet das Kaiserliche Statistische Amt in einer Sonderbeilage zum „Reichsarbeitsblatt“ Nr. 7, die im Juli d. J. erschienen ist. Es wird darin über 1141 Auskunftstellen für die minderbemittelte Bevölkerung berichtet. Da 1912 über 916 solcher Einrichtungen berichtet wurde, sind 1913 225 mehr von der Statistik erfaßt worden. Die Auskünfte nahmen zu von 1 841 434 auf 1 982 752, also um 141 318, die Schriftsätze von 468 028 auf 521 505, demnach um 53 477. In Prozenten betrug die Zunahme der berichtenden Auskunftstellen 24,06, der Auskünfte 7,7 und der Schriftsätze 11,4. In der Zusammenstellung sind die freien Gewerkschaften mit 359 (1912: 330) Auskunftstellen, 777 810 (1912: 753 490) Auskünften und 203 352 (1912: 192 645) Schriftsätzen beteiligt; das sind gegen 1912 mehr: 29 Auskunftstellen oder 8,8 Proz., 24 320 Auskünfte oder 3,2 Proz. und 10 707 Schriftsätze oder 5,6 Proz.

Eine bedeutende Verringerung der Auskünfte ist für die Auskunftstellen der christlichen Gewerkschaften zu verzeichnen, obwohl 28 = 50,9 Proz. mehr berichteten, nämlich 1912: 55, 1913: 83. Trotz dieser erheblichen Vermehrung der berichtenden Auskunftstellen, sank die Zahl der Auskünfte von 40 056 auf 18 974, demnach um 21 082 = 52,6 Proz., wogegen die Schriftsätze eine Steigerung von 22 490 auf 23 400, also um 910 = 4 Proz. aufweisen. An diesem kolossalen Rückgang der Auskünfte sind hauptsächlich die Auskunftstellen des Gewerkschaftsvereins christlicher Bergarbeiter beteiligt, die allein 22 016 Auskünfte und 1069 Schriftsätze im Jahre 1912 hatten. Die Abnahmen der Auskünfte schwanden zu 1913 auf 84,1 Proz. Auch in den Auskunftstellen des der Generalkommission angeschlossenen Verbandes der Bergarbeiter sind 1913 weniger Auskünfte als 1912 erteilt worden. Der Anteil hier aber weniger bedeutend und bewegt sich zwischen 24-49 Proz. während eine Auskunftstelle noch keine Zunahme hatte. Es ist wohl kein Fehlschlag, wenn diese bedeutende Abnahme der Auskunftstätigkeit der nur für Mitglieder geschaffenen Rechtsauskunftseinrichtungen des christlichen Gewerkschaftsvereins auf den Mit-

gliederverlust zurückgeführt wird. Die meisten Auskunftstellen der christlichen Gewerkschaften sind von einzelnen Verbänden für ihre Mitglieder errichtet. Würden diese wie bei den Einrichtungen der freien Gewerkschaften im allgemeinen nicht gezählt, dann würden von den christlichen Auskunftstellen nur drei übrig bleiben mit nur 251 Auskünften und 427 Schriftsätzen. Die Aufteilung der Ortsverwaltungen der freien Verbände wird statistisch nicht erfaßt, ist aber teilweise sehr bedeutend.

Die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften benutzen auch viel die konfessionellen Rechtsauskunftstellen, die zu unterscheiden sind in evangelische und katholische. Von ersteren berichteten 1912: 23, 1913: 58, also um 35 = 152,2 Proz. mehr. Dementsprechend nahmen die Auskünfte von 30 838 auf 43 894 = 13 056 oder 42,3 Proz. zu, die Schriftsätze von 13 434 auf 15 529 = 2095 oder 15,6 Proz. Verhältnismäßig nicht so stark ist die Zunahme bei den katholischen Auskunftstellen. Von ihnen berichteten 1912: 122, 1913: 134, demnach 12 = 9,8 Proz. mehr. Die Auskünfte stiegen von 235 638 auf 258 313, also um 22 675 = 9,6 Proz. und die Schriftsätze von 90 713 auf 102 451, folglich um 11 738 = 12,9 Proz. Neu hinzugekommen sind zu dieser Gruppe ferner noch 19 Rechtsauskunftstellen des Verbandes polnischer katholischer Arbeitervereine der Erzdiözese Gnesen-Posen mit 10 735 Auskünften und 6913 Schriftsätzen sowie 10 Rechtsauskunftstellen des Verbandes katholischer Vereine erwerbstätiger Frauen und Mädchen mit 3899 Auskünften und 1344 Schriftsätzen.

Ueber die Rechtsauskunftstellen der deutschen Gewerkschaften (Hirsch-Düncker) ist ebenfalls zu sagen, daß sie fast nur an Mitglieder Auskunft geben; ihre Bedeutung ist gering. Von der Statistik sind 60 (1912: 55) erfaßt worden; das sind 5 = 9,1 Proz. mehr. Die Auskünfte nahmen von 58 365 auf 61 966, also um 3601 = 9,2 Prozent zu, die Schriftsätze von 11 185 auf 11 977, demnach um 792 = 7,1 Proz.

Die Privatangestelltenverbände beteiligten sich im vorigen Jahre erstmalig mit 23 Auskunftstellen an der Statistik; jetzt sind es 42 geworden, was einer Zunahme von 19 = 82,6 Proz. entspricht. Auskünfte wurden hier 1912: 58 703, 1913: 62 528 — das sind 3825 oder 6,5 Proz. mehr — gegeben und Schriftsätze 1912: 1319, 1913: 1661 angefertigt, entsprechend 342 = 25,9 Proz. mehr.

Die Rechtsauskunftstellen der Selben, oder sogenannten wirtschaftsfriedlichen Arbeitervereine sind zum ersten Male in der Statistik gesondert aufgeführt. Es berichteten 28 mit 27 654 Auskünften und 11 778 Schriftsätzen.

Die Polnische Berufsvereinigung berichtet über 13 Rechtsauskunftstellen, die 28 073 Auskünfte erteilten und 16 913 Schriftsätze anfertigten.

Rechtsauskunftstellen gemeinnütziger Vereinigungen wurden 1912 32 gezählt. Hinzugekommen sind 4 = 12,5 Proz. Auskünfte wurden erteilt 1912: 194 292, 1913: 207 753; das sind 13461 = 6,9 Proz. mehr. Schriftsätze sind 1912: 36 016, 1913: 38 546 hergestellt worden, 1913 also 2530 = 7 Proz. mehr.

Die Rechtsauskunftstellen für Frauen zeigen eine Vermehrung um 14 = 15,1 Proz., von 93 auf 107. Auskünfte wurden von ihnen 1912: 45 485, 1913: 52 869 gegeben, demnach mehr 7384 = 16,2 Proz. Die Zahl der angefertigten Schriftsätze stieg von 8859 auf 11 961; das sind 3102 = 35 Prozent mehr.

Die Rechtsauskunftstellen von Arbeitgebern sind diesmal mit 13 Auskunftstellen, 13 905 Auskünften 5320 Schriftsätzen vertreten. Diese Einrichtungen erstrecken ihre Wirksamkeit nur auf Angehörige bestimmter Betriebe und Werke.

Die Rechtsauskunftstellen politischer Vereinigungen werden fast ausschließlich von nationalliberalen und fortschrittlichen Parteivereinen unterhalten. Die Statistik für 1913 weist auf: 25 Auskunftstellen mit 18 611 Auskünften und 8421 Schriftsätzen.

Die gemeindlichen und staatlichen Rechtsauskunftstellen haben erheblich zugenommen. 1912 berichteten 119, 1913 dagegen 144, das sind 25 = 21 Proz. mehr. Auskünfte wurden 1912: 33 071, 1913: 387 764 oder 50 693 = 15 Proz. mehr erteilt und Schriftsätze 1912: 57 563, 1913: 58 777 oder 1214 = 2,1 Proz. mehr angefertigt.

Die amtliche Statistik bringt ferner noch Angaben über die im Auslande bestehenden Rechtshilfeeinrichtungen. Ihr Umfang ist aber nur gering, ein Beweis dafür, daß in keinem Lande der Welt soviel wie in Deutschland auf diesem Gebiete geschieht. Hier zeigt sich wieder die Kulturarbeit der deutschen Gewerkschaften, die aus eigener Kraft Vorbildliches geschaffen haben. Von den Behörden und dem Staat haben sie dabei keine Unterstützung gefunden. Nur ein Sekretariat, das in Rüstingen, erhält einen Zuschuß aus Gemeinde-

mitteln. Im Gegenteil sind die gemeindlichen und staatlichen Rechtsauskunftstellen vielfach nur deshalb gegründet worden, um zu verhüten, daß durch die Inanspruchnahme der Einrichtungen der Gewerkschaften diese gestärkt werden. Letztere haben sich das volle Vertrauen der Arbeiter erworben und sie sind am ehesten berufen, der Gesetzgebung neue Wege zu weisen. Der entsetzliche, ungeheure Werte vernichtende Krieg bedroht auch den Bestand und die Entwicklung der Rechtshilfeeinrichtungen der Arbeiterschaft. Wir dürfen aber hoffen, daß es gelingen wird, etwaige schädliche Folgen wieder auszugleichen und der gehemmten Entwicklung eine Periode neuen Fortschritts und Ausbaues des Bestehenden folgen zu lassen zum Vorteil der arbeitenden und unbemittelten Bevölkerung.

Beiträge erwünscht **Aus unserem Berufe** Beiträge erwünscht

Das Erscheinen eingestellt hat kürzlich die „Thüringische Industrie“, das offizielle Organ des Verbandes Thüringischer Industrieller. Der Verlag von Hennig in Greiz erklärt in der letzten Nummer, daß die von jenem Verbands übernommenen Verpflichtungen ihm enorme Opfer auferlegt hätten, will aber nach bereits gepflogenen Verhandlungen mit anderen Unternehmerorganisationen die Zeitschrift später wieder erscheinen lassen. Der Verband Thüringischer Industrieller will später, jedenfalls nach dem Kriege, sich ein neues Organ mit dem Titel „Industrie und Handel“ beschaffen, welches im Verlag von Richter in Erfurt erscheinen soll. Bis dahin will sich dieser Verband bei wichtigen Mitteilungen an seine Mitglieder der Mundschreiben bedienen.

Lichte. Eigenartige Abrechnungsmethoden sind nach Ausbruch des Krieges in der hiesigen Porzellanfabrik eingeführt worden. Das Gehalt der Beamten wurde auf die Hälfte gestellt und die Kündigungsfristen ganz wesentlich gekürzt. Die Arbeiter erhalten wöchentlich nur 6 Mark verrechnet, auch wenn sie bedeutend mehr verdienen. Wer jedoch in einer Woche weniger als 6 Mark verdient, erhält von seinem Guthaben der vorausgegangenen Wochen nichts, sondern wird eben mit weniger als 6 Mark abgespeist. In dieser Weise sind schon ganz nette Summen aufgelaufen, welche die Firma den Arbeitern schuldet. Ob der Zweck dieses Verfahrens darin zu suchen ist, die berüchtigte Schleuderkonkurrenz noch mehr als bisher zu betreiben oder sich auf Kosten der Arbeiter jetzt zinsfreies Kapital zu beschaffen, entzieht sich allerdings unserer Kenntnis, wäre aber eigentlich einer näheren Betrachtung unter besonderer Berücksichtigung des von der Firma betätigten Patriotismus wert. Ob die Beiträge für die Kranken- und Invalidenversicherung auf den wirklich verdienten Lohn oder nur auf die Beträge, welche die Arbeiter jetzt ausgezahlt erhalten, berechnet werden, dürfte eine Sache sein, die von den zuständigen Behörden einmal einer Prüfung wert wäre.

Ohrdruf. Wie die Unternehmer den Burgfrieden halten, zeigte die jetzt bei der Firma Kestner & Co. angekündigte Lohnreduktion. Auf eine Anzahl Artikel sollten bei den Malern und Gießern Lohnreduktionen von zirka 10 bis 15 Proz. vorgenommen werden und es kam dabei zu einem förmlich wirtschaftlichen Kampf. Die Arbeiter lehnten selbstverständlich das Ansinnen der schwerreichen Firma ab, und der von Scheibe und Creidlich her zur Genüge bekannte Direktor Kister hatte dann nichts Eiligeres zu tun, als 10 Maler regelrecht zu entlassen. Der Besitzer, Kommerzienrat Kestner in Waltershausen, lehnte Einigungsverhandlungen mit einigen mehr als eigentümlichen Redensarten ab. Auf Eingreifen des Gewerberates, Herrn Dr. Großheim in Gotha, kamen dann noch Verhandlungen mit den Direktoren Diersen und Kister zustande, die mit dem Resultat endigten, daß die Lohnreduktion für die Dauer des Krieges zurückgenommen wird und die Entlassenen wieder beschäftigt werden. Nach dem Kriege will also diese schwerreiche Firma die Lohnreduktion durchführen. Ob an dieser Lohnreduktion ein anderer hiesiger Porzellanfabrikant mit geschoben hat, wird jedenfalls zu späterer Zeit eingehender erörtert werden müssen. Daß die Firma Kestner ihrem Patriotismus ein solch eigentümliches Gepräge gibt: daß sie die Beträge, welche sie dem Hilfsauschuß überwiesen hat, durch Lohnreduktionen bei den Arbeitern wieder herauszuholen versucht, bedarf jedenfalls keines Kommentars. Der Direktor Kister leitete bekanntlich die Betriebe in Scheibe und Creidlich, die unter seiner Regie alles andere, bloß nicht vorwärts gekommen sind. Man kann deshalb gespannt sein, zu welcher „Höhe“ er nach den verschiedenen Anzeichen, besonders auch im Brennerbetrieb, die Kestnerische Fabrik bringt. In recht

offentundiger Weise ist hier zum Ausdruck gebracht worden, welche Wege das Unternehmertum nicht nur jetzt, sondern auch nach dem Kriege gehen wird. Unsere Kollegen und Kolleginnen allerorts werden gut tun, sich schon jetzt dementsprechend einzurichten.

Stanowitz. Aus dem Geschäftsbericht der hiesigen Porzellanfabrik. Die Porzellanfabrik A.-G., vormals C. Walter & Co. in Stanowitz, hatte im letzten Geschäftsjahr einen Bruttogewinn von 116 830.79 M., von dem nach den erforderlichen Abzügen von 70 335.16 M. und Abschreibungen von insgesamt 16 999.99 M. ein Reingewinn von 29 495.64 M., einschließlich des Vortrags von 2572.91 M. aus 1912/13 von 32 068.55 M. Mark verbleibt. In den Aufsichtsrat wurden die bisherigen Mitglieder, Stadtrat Paul Weiß, Schweidnitz als Vorsitzender Fabrik- und Steinbruchbesitzer Martin Weiß, Striegau als stellvertretender Vorsitzender und Direktor Konrad Walter, Breslau, wiedergewählt. Die Dividende wurde auf 4 v. H. festgesetzt.

Beiträge erwünscht **Vermischtes** Beiträge erwünscht

Die amerikanische Einwanderung und der Krieg. Die Wirkung des Krieges auf die Einwanderung in den Vereinigten Staaten wird durch folgende Zahlen veranschaulicht:

Zahl der ankommenden Ausländer:

	1913	1914
April	136 371	119 885
Mai	137 262	107 796
Juni	176 261	71 728
Juli	138 244	60 377
August	126 180	37 706

Eine Dankes- und Ehrengabe für die Hinterbliebenen gefallener Krieger ist von der thüringischen Landesversicherungsanstalt beschlossen worden, und zwar sollen erhalten die Witwe 50 M., 1 Kind bis zu 15 Jahren 30 M., 2 Kinder bis zu 15 Jahren 50 M., mehr als zwei Kinder unter 15 Jahren 70 M. Die Hinterbliebenenbezüge auf Grund der R.-B.-D. werden durch diese Dankes- und Ehrengabe nicht berührt; sie sind neben dieser geltend zu machen. In Betracht kommen außer den Hinterbliebenen gefallener Krieger auch die von solchen Kriegsteilnehmern, die infolge ihrer dem Vaterlande geleisteten Dienste bereits verstorben sind oder im Laufe dieses oder des nächsten Jahres versterben sollten. Ueber die Gewährung einer gleichen Liebes- und Ehrengabe an die Hinterbliebenen der nach dem 31. Dezember 1915 an Kriegsfolgen Verstorbenen soll später noch entschieden werden.

Der englische Gewerkschaftsbund und der Krieg. Der englische Gewerkschaftsbund, der mit seinen nunmehr 1 006 904 Mitgliedern auch dem Internationalen Gewerkschaftsbunde in Berlin angehört, hat die bisher von anderen Vertretungen der englischen Arbeiterschaft erlassenen Aufrufe zugunsten der Rekrutierung usw. mit unterzeichnet. Am 19. Oktober hat er noch ein besonderes Manifest veröffentlicht, das die sozialistischen Tagesforderungen der Arbeiterschaft betont: größere finanzielle Unterstützung der Gewerkschaften durch den Staat, Pensionsminimum von 20 M. pro Woche für Kriegsinvaliden usw. Ueber die internationalen Beziehungen heißt es:

„Der Bundesvorstand übersteht keineswegs seine Verpflichtungen gegenüber den Arbeitern anderer Länder und er hofft, daß . . . die internationale Freundschaft und Arbeit wieder erneuert werden; für den Augenblick aber liegen seine Pflichten in der Heimat.“

Ueber die Beteiligung Englands am Kriege sagt das Manifest:

„Loyalität gegenüber sich selbst, gegenüber den besten Ueberlieferungen und den vertraglichen Verpflichtungen des Landes machten das Fernbleiben von diesem Konflikte unmöglich. . . Seit wir einmal in den Krieg verwickelt sind, stand die Pflicht der Bewegung fest. Es ward notwendig, ganz abgesehen von persönlichen Rücksichten und Freundschaften, dem Angreifer den heftigsten Widerstand entgegenzusetzen und alle Opfer zu bringen, die nötig sind, um den Krieg zu einem entscheidenden und ehrenvollen Ende zu führen.“

Das Manifest ist von allen, auch in Deutschland durch viele Besuche und Teilnahme an den internationalen Konferenzen bekannten Mitgliedern des Vorstandes unterschrieben.

Die italienischen Gewerkschaften 1913. In Italien waren 1913 insgesamt 972 667 Arbeiter organisiert. Das Gewerkschaftsjahr nahm einen guten Verlauf; die verschiedenen Ver-

hände konnten ihre Mitgliederzahl insgesamt um 111 165 steigern. Die sozialistischen Organisationen hatten 1912: 639 670, 1913: 689 599 Mitglieder; für die katholischen Verbände lauteten die entsprechenden Ziffern 108 021 und 113 380. In den übrigen Gruppen waren 1913: 168 788 (1912: 112 811) Arbeiter organisiert. Die Bezeichnung „Arbeiter“ ist nicht ganz zutreffend, da einen wesentlichen Teil der Organisierten in Italien die Kleinpächter ausmachen.

Lebensmittelwucher in Holland. In seiner Nr. 20 vom 31. Oktober schreibt „De Coöperator“, daß bis zum ersten Tage vor der Mobilmachung im Warenhandel alles seinen normalen Gang ging; aber sobald die Ankündigung erfolgt war, „singen die Puppen an zu tanzen“. Am Donnerstag vor der Mobilmachung wurde für inländisches Feinmehl noch der übliche Preis von 11,50 bis 11,75 Gulden für 100 kg gefordert, während am darauffolgenden Sonntag keine Angebote unter 17 Gulden gekauft werden konnten. Obgleich der Minister Traub sofort einen Höchstpreis von 14 Gulden festsetzte, mußte doch 2,25 bis 2,50 Gulden mehr gezahlt werden als vorher, da eben keine Fabrik unter dem Höchstpreis lieferte. So erzielte eine Fabrik einen Extragewinn von fast 1 Million Gulden. Es wird weiter die Tageszeitung „De Telegraaf“ zitiert, die u. a. feststellte:

Die Regierung will den Höchstpreis für 100 kg Zucker auf 48,50 Gulden festsetzen, $5\frac{1}{2}$ Gulden mehr als im Juli, 6 Gulden mehr als in normalen Zeiten. Dadurch werden unseren 35 Raffinerien $5\frac{1}{2}$ Millionen in den Schoß geworfen. Hätte die Regierung derzeit den Zucker beschlagnahmt und 5 Proz. mehr dafür gezahlt, als der Preis in normalen Zeiten betrug, so wären 17 bis 18 Millionen Gulden gespart worden.

Mit dem Artikel Reis ist es nicht viel anders; er ist 35 Proz. teurer als im Juli. Dadurch verdienen die Reishändler 7 Millionen extra, abgesehen von den $12\frac{1}{2}$ Millionen, die sie durch Ausfuhr nach dem Auslande verdient haben. Es sind zwölf Firmen, die den Großhandel in Reis betreiben. Man rechne sich den süßen Gewinn der Herren gefällt selbst aus.

Man kann dazu nur sagen: ganz wie bei uns!

Totenliste unserer im Felde stehenden Kollegen.

Franz Spange, M., geb. 6. November 1878, gefallen am 3. Oktober bei Mericourt in Frankreich.

Albert Hanft, M., gefallen am 6. Oktober bei Carengy in Frankreich.

Midor Baumann, Dr., gefallen am 22. September in Serbien

Vorstehende drei Mitglieder gehörten der Zahlstelle Selb an.

Karl Harrah, M., geb. 28. April 1881 in Apolda, gefallen in Frankreich. Mitglied der Zahlstelle Volkstedt.

Paul Becher, gefallen am 14. November in Rußland, im Alter von 22 Jahren. Er war ein treuer Kollege der Zahlstelle Fraureuth.

Wilhelm Wiegand, geb. 20. Februar 1890 in Hafenthal, gefallen am 4. Oktober in Galizien. Die Zahlstelle Zettau wird diesen treuen Kämpfer stets ehren.

Josef Michl, Br., geb. 2. Januar 1884 in Schönkirch, gefallen in Nordfrankreich. Mitglied der Zahlstelle Witterteich

Ehre ihrem Andenken!

Adressen-Änderungen

Hannaburg. Kff. Emil Keil, Betgestr. 11.

Bayreuth. Schf. Karl Franke, Marktstr. 45. Kv. Karl Campe, Hammerstr. 52

Eilenberg. Bf. Georg Grimm, Marktstraße 8.

Kahla. Stellvertretender Bf. Albert Leube, Mf., Eichicht.

Könitz. Kff. Ernst Unbehau, Schmelzer, Bahnhofstr.

Schwarzenbach. Kff. Johann Göttsch, Karistraße 37a.

Zell a. H. Schf. Josef Heilmann, D. Hauptstr.

Versammlungs-Anzeigen

Zahlreicher Besuch in allen Versammlungen erwünscht.

Hannaburg. Sonnabend, 12. Dezember, $8\frac{1}{2}$ Uhr, bei Beck.

Arzberg. Sonnabend, 12. Dezember, 8 Uhr, im Konsumvereinslokal. Vortrag des Gauleiters Bredow über: „Der Krieg und seine wirtschaftlichen Folgen“.

Berlin. Sonnabend, 12. Dezember, $8\frac{1}{2}$ Uhr, Zahlstellenversammlung im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15.

Düsseldorf. Sonnabend, 19. Dezember im Volkshaus, Zimmer 4.

Elmshorn. Sonnabend, den 12. Dezember, abends 8 Uhr, Generalversammlung bei Hinrichs, Petersstraße 11. Pünktliches Erscheinen ist Pflicht aller Kollegen.

Ellerwerda. Sonnabend, 12. Dezember, punkt 8 Uhr, Generalversammlung. Winterberg.

Fraureuth. Sonntag, 13. Dezember, punkt 4 Uhr, Generalversammlung, in Volkstädts Restaurant.

Gräfenhain. Sonntag, 13. Dezember, $8\frac{1}{2}$ Uhr, im Steiger.

Gräfenhain. Sonntag, 20. Dezember, 3 Uhr, Generalversammlung im Fisch. Alle erscheinen! Bibliothekbücher mitbringen!

Grünhain. Sonnabend, 12. Dezember $8\frac{1}{2}$ Uhr bei Goldhahn.

Leipzig. Sonnabend, 12. Dezember, $8\frac{1}{2}$ Uhr, im Volkshaus, Zeitzerstraße 32.

München. Sonnabend, 19. Dezember, 8 Uhr, im goldenen Lamm, Zweiggstr. 4.

M.-Gladbach. Sonnabend, 19. Dezember, $8\frac{1}{2}$ Uhr, Generalversammlung bei Peter Heinen, Wallstr. Vollzähliges Erscheinen erwünscht.

Plaue. Sonntag, 13. Dezember, 3 Uhr, im Gasthaus zum Adler.

Reichmannsdorf. Sonntag, 13. Dezember. Wahl eines Vorsitzenden und eines Kassierers.

Rohlau. Sonnabend, 12. Dezember, 8 Uhr, in der Goldenen Krone. Wichtige Tagesordnung.

Sophienau. Sonnabend, 12. Dezember, 7 Uhr, bei Mitsche. Alle erscheinen!

Spandau. Sonnabend, 12. Dezember, 8 Uhr, im Vereinslokal, Bichelsdorferstr. 5. Wichtige Tagesordnung.

Stadtilm. Sonnabend, 12. August, 8 Uhr, im Schießhaus, Versammlung und Auszahlung der Notstandsunterstützung. Alle erscheinen!

Waldershof. Montag, 14. Dezember, 6 Uhr, bei Schultes. Vortrag des Gauleiters Bredow über: „Der Krieg und seine wirtschaftlichen Folgen.“ Pünktlich erscheinen!

Zwickau. Sonnabend, 12. Dezember, 6 Uhr, im Konsum-Restaurant Schebewitz. Wichtige Tagesordnung.

Preis der Zerspaltenen Pettitzelle 30 Pfennig	Geschäfts-Anzeigen	Vorausbezahlung ist Bedingung
--	---------------------------	----------------------------------

Trotz des Krieges kaufe ich **Goldabfälle** und dergleichen zu streng realen Preisen ein.
H. Langhammer, Wilkau b. Zwickau, Sachsen.

Goldschmiere, Goldflaschen und alle in der Bergolderet vorkommenden Abfälle kauft bei pünktlicher reeller Bedienung **Oskar Rottmann**, Stadtilm i. Thür.

Zahl weil grossen Umsatz höchste Preise	Alle Gold-, Platin- und Silber-Abfälle	Edel- Metall- Schmelze Gebründel 1896
		
Osterwelthstraße 32. Otto Seifert, Zwickau S.		

Goldhaltige Malrückstände

kauft Firma

M. Köhler, Dresden, Wettiner-Straße 20.

Alle Gold-, Silber- und Platinabfälle,

wie Flaschen, Röpfe, Paletten, Schmiere, Lappen, Pinsel, Wäse, sowie auch alle Goldabfälle vom Blattgold werden ausgeschmolzen, auf Feingehalt probiert und zu den üblichen Preisen angekauft. Sendungen werden schnell erledigt.

H. Haupt, Dresden-H., Serrestrasse 3.

Gold- und Silberscheideanstalt.

Goldschmiere, verdichtetes Glanzgold und iontliche goldhaltigen Sachen kauft stets zu höchst Preisen bei pünktlicher und reeller Bedienung. Man verlange Prospekte.
Emil Böhm, Eilenberg S.-H. Ältestes Geschäft dieser Art.
NB. Empfehle ff. Glanzgold. 10 Gr. 3,50 Mt.

Herausgeg. v. Verband der Porzellan- u. verw. Arbeiter u. Arbeiterinnen
Redaktion: Karl Eberhardt, Charlottenbg., Rosinenstr. 3.
Verlag: Wilhelm Herden, Charlottenburg, Rosinenstr. 3.
Druck von Otto Goerke, Charlottenburg, Wallstraße 22.